

Beschluss vom 23. April 2013

**Kleine Anfrage 2013/9  
betreffend Sicherheit in Schaffhausen**

In einer Kleinen Anfrage vom vom 22. März 2013 stellt Kantonsrat Werner Schöni aufgrund der Häufung von Raubüberfällen in der Stadt Schaffhausen in den Monaten Februar und März 2013 verschiedene Fragen zur Sicherheit in Schaffhausen.

Der Regierungsrat

a n t w o r t e t :

1. *Werden die aktuellen Dispositive schwerpunktmässig auf die aktuelle Bedrohungslage ausgerichtet, um zu neuralgischen Zeiten an prekären Orten dem Bürger mehr Sicherheit zu geben?*

Nachdem im Februar und März 2013 vor allem in den Nächten von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag ein Anstieg von Raubüberfällen sowie Diebstählen verzeichnet werden musste, hat die Schaffhauser Polizei ihr Dispositiv angepasst und unter anderem die Polizeipräsenz und die Personenkontrollen verstärkt. Es konnten mehrere verdächtige Personen verhaftet werden. Die Schaffhauser Polizei arbeitet nicht nur im konkreten Zusammenhang lageorientiert, d. h. sie passt ganz generell ihre Leistungen flexibel der aktuellen Sicherheitslage an.

2. *Werden allfällige geplante interkantonale Aktionen zugunsten der aktuellen Lage zurückgestellt?*

Zur Gewährleistung der Sicherheit ist bei grösseren Ereignissen die interkantonale Zusammenarbeit beziehungsweise die polizeiliche Unterstützung im Rahmen der interkantonalen Vereinbarungen unverzichtbar. Der Einsatz von Schaffhauser Polizeikräften ausserhalb des Kantons muss durch den Regierungsrat oder bei zeitlicher Dringlichkeit durch das für das Polizeiwesen zuständige Finanzdepartement bewilligt werden (Art. 12 Abs. 2 Polizeigesetz, PG, SHR 354.100). Derzeit erfolgen keine besonderen interkantonalen Einsätze. Sollten solche erforderlich sein, muss im Rahmen der dafür bestehenden Pläne durch Hintanstellung nicht oder weniger prioritärer Aufgaben und durch flexiblen Personaleinsatz dafür gesorgt werden, dass dringliche Aufgaben zur Wahrung der Sicherheit im Kanton trotzdem erfüllt werden können.

3. *Wird die Möglichkeit von zusätzlichen (mobilen) Videoüberwachungsanlagen in Betracht gezogen?*

Über die Videoüberwachungen des öffentlichen Raumes entscheidet die Gemeinde aufgrund ihrer Rechtsgrundlagen. Der Wunsch nach einer Verstärkung der Videoüberwachungsanlagen in der Stadt Schaffhausen wurde deponiert.

4. *Im Kanton Schaffhausen gibt es nochmals eine Organisation, die sich die Sicherheit auf die Flagge geschrieben hat und fast gleichviele Mitarbeiter beschäftigt wie die Polizei. Wird dieses Grenzwachtkorps in die Planung einbezogen und mit Aufgaben betraut, die es erlauben, Polizeikräfte für die aktuelle besondere Lage freizuspielen.*

Das Grenzwachtkorps (GWK) hat seine gesetzlichen Aufgaben mit der Kernaufgabe der Grenzsicherung zu vollziehen und benötigt seine Ressourcen zur Überwachung der in Schaffhausen langen Landesgrenze. Seine beschränkten Mittel zeigen sich unter anderem darin, dass die Präsenzzeiten an Grenzübergängen teilweise stark reduziert wurden. Ein Beispiel dafür sind die nicht oder nur sehr eingeschränkt besetzten Grenzübergänge im oberen Kantonsteil beziehungsweise in Nachbarschaft zum Durchgangszentrum Friedeck in Buch. Im Rahmen der vertraglichen Grundlagen arbeitet die Schaffhauser Polizei eng mit dem GWK zusammen und nimmt es immer wieder auch in das Dispositiv von grossen Kontrollen auf.

5. *Hilft der vorgesehene Runde Tisch auch, dass sofort und mit unmissverständlicher Härte gegen die Täter, gleich welcher Nationalität vorgegangen wird, um auch auf diesem Weg für die notwendige Abschreckung zu sorgen.*

Die öffentliche Sicherheit namentlich im Zusammenhang mit den einleitend erwähnten Raubüberfällen in der Stadt Schaffhausen in den Monaten Februar und März dieses Jahres erfordert neben polizeilichen weitere Massnahmen. Ziel des Runden Tisches, der erstmals am 20. März 2013 zusammentrat, ist es, die zu treffenden Massnahmen durch die Polizei, die Strafverfolgungs- und Migrationsbehörden unter Einbezug der Stadt Schaffhausen abzusprechen und zu koordinieren. Neben der angepassten Polizeipräsenz ist ein weiteres Ergebnis unter anderem eine Weisung der Staatsanwaltschaft betreffend Ausländern, die eine Ein- und/oder Ausgrenzungsverfügung missachten. Die Stadt Schaffhausen hat die Strassenbeleuchtung angepasst. So werden Teile der Altstadt und weitere Brennpunkte nachts nun ständig beleuchtet. Weitere Massnahmen sind in Planung. Aufgrund der Entwicklung in den letzten Wochen kann festgestellt werden, dass mit dem koordinierten Vorgehen und der Verhaftung von Verdächtigen auf frischer Tat eine gewisse Beruhigung erreicht werden konnte.

Schaffhausen, 23. April 2013

DER STAATSSCHREIBER:

  
Dr. Stefan Bilger